

Es ist eine Aufgabe, die ihr ein Herzensanliegen ist: Seit 2019 ist Katarina Niewiedzial die Integrationsbeauftragte des Berliner Senats. Die gebürtige Polin kam im Alter von zwölf Jahren mit ihren Eltern nach Deutschland – zunächst nach Bremerhaven, später zum Studium nach Berlin. Und die Herausforderungen sind gewaltig. Im Podcast „Richter und Denker“ mit Christine Richter erzählt die 44-Jährige, wie das so läuft mit der Integration in Berlin, was die größten Probleme sind und warum sie Willkommensklassen skeptisch sieht. Ein Auszug aus dem Podcast, der in voller Länge zu finden ist unter [www.morgenpost.de](http://www.morgenpost.de)

**Liebe Frau Niewiedzial, wir sind heute bei Ihnen an der Potsdamer Straße in Tiergarten. Sie sind seit vier Jahren im Amt. Wie geht es Ihnen?**

**Katarina Niewiedzial:** Mir geht es gut. Das ist ein sehr schöner Job und eine tolle Aufgabe, welches ich für diese Stadt ausübe. Wenn ich aber die vergangenen vier Jahre Revue passieren lasse, dann muss ich feststellen, dass eine Krise die nächste jagt. Ich bin im Mai 2019 ins Amt gekommen, und 2020 begann die Corona-Pandemie – die erste große Krise, bei der ich mich dafür eingesetzt habe, alle Communities in der Stadt mit mehrsprachigen Informationen und anschließend mit niedrigschwelligem Impfangeboten zu erreichen. Corona war noch nicht vorbei, als der Krieg in der Ukraine ausbrach. Seitdem haben mehr als 350.000 Geflüchtete Berlin erreicht. 40.000 bis 60.000 Menschen aus der Ukraine haben hier in Berlin ihre neue Heimat gefunden.

**Sie kommen aus Polen. Wie kam es, dass Ihre Eltern mit Ihnen nach Deutschland gezogen sind?**

Meine Eltern sind als Spätaussiedler Anfang der 1990er-Jahre nach Deutschland gekommen, nach Bremerhaven. Ich war zwölf und konnte kein Wort Deutsch. Es war gerade die Zeit des Umbruchs, meine Eltern haben irgendwann die Entscheidung getroffen, aus Polen wegzugehen. Ich wurde nicht gefragt. Natürlich haben meine Eltern gesagt, wir machen das für die Kinder. Das ist auch heute die Motivation von vielen Menschen, die ihre Heimat verlassen und einen steinig Weg auf sich nehmen.

**Kurz nach dem Mauerfall war vieles in Europa in Bewegung, in Deutschland brach auch eine ganz neue Zeit an. Wie ging es für Sie weiter?**

Ich wurde zunächst in einer Willkommensklasse unterrichtet. Dort habe ich allerdings nur wenig Deutsch gelernt, weil die anderen Kinder in der Klasse auch kein Deutsch sprachen. Deswegen stehe ich dem Konzept der Willkommensklassen etwas skeptisch gegenüber. Als wir endlich eine Wohnung gefunden hatten und die Flüchtlingsunterkunft verlassen konnten, bin ich in einem typischen migrantischen Viertel zu Schule gegangen. Dort hatten wir ein sehr gutes Förderkonzept: Während meine Schulkameradinnen und -kameraden regulären Deutschunterricht hatten, besuchte ich mit einer kleinen Gruppe den Förderunterricht. Ich hatte einen wunderbaren Deutschlehrer, er war türkeistämmig und wusste ganz genau, worauf es beim Sprachenlernen ankommt. Durch ihn habe ich sehr schnell Deutsch gelernt.

**Bildung gilt als Schlüssel zur Integration. Konnten Sie auch Abitur machen?**

Ich besuchte zunächst die Realschule. Um Abitur zu machen, fehlte mir neben Englisch eine zweite Fremdsprache. Glücklicherweise gab es im Land Bremen die Möglichkeit, sich die Herkunftssprache als Zweitsprache anerkennen zu lassen. Ich legte eine Sprachprüfung in Polnisch ab und konnte so meinen Bildungsweg weitergehen. Ich habe dann Abitur gemacht und studiert.



Die Integrationsbeauftragte des Landes, Katarina Niewiedzial. Sie ist selber zugewandert, zog als Kind mit ihren Eltern von Polen nach Deutschland. JÖRG KRAUTHÖFER/FFS

# „Wir brauchen eine moderne und auch mehrsprachige Verwaltung“

Die Integrationsbeauftragte des Berliner Senats, Katarina Niewiedzial, über Fortschritte bei der Integration von Zugewanderten – und wo es noch hapert

**Warum sind Sie nach Berlin gekommen?**

Als Politikwissenschaftlerin wollte ich unbedingt im politischen Berlin arbeiten. Deshalb bin ich im Jahr 2000 zum Hauptstudium an die Freie Universität Berlin gekommen. Politisch war das eine spannende Zeit, insbesondere wegen der Osterweiterung der Europäischen Union. Mit dem Thema habe ich mich im Studium viel beschäftigt. Durch einen Zufall machte ich aber mein erstes Praktikum in dieser

Dienststelle – damals noch bei der Ausländerbeauftragten Barbara John. Heute bin ich stolz, dass ich in ihre Fußstapfen getreten bin.

**Wie ist denn Ihren Eltern, die wahrscheinlich auch kein Deutsch konnten, die Integration gelungen?**

Meinen Eltern ging es so, wie es ganz vielen anderen Migrantinnen und Migranten geht. Als ich klein war, hat mein Vater immer einen klugen Satz gesagt: Jeder Anfang ist schwer. Meine Eltern haben mit Mitte 30 ganz neu in Deutschland angefangen, ohne die gesellschaftliche Struktur oder die Sprache zu kennen. Sie haben alles hinter sich gelassen und von vorne begonnen. Das ist eine Lebensleistung, die wir als Gesamtgesellschaft nicht genug würdigen, wie ich finde. Als Beauftragte ist es mir deshalb wichtig, immer wieder den Beitrag, den Migrantinnen und Migranten leisten, hervorzuheben und wertzuschätzen.

**Wie wichtig ist die Sprache, damit Integration gelingt?**

Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Trotzdem muss man auch anerkennen, dass Menschen gerade im erwachsenen Alter nicht sofort und schon gar nicht akzentfrei Deutsch lernen werden. Mein Vater spricht auch nach dreißig Jahren kein perfektes Deutsch, und wenn er zum Arzt muss, bittet er mich manchmal um Hilfe. Seit den 2000er-Jahren besteht in Deutschland die Möglichkeit, Integrationskurse, also Deutschkurse, zu besuchen. Diese Sprachkurse sind sehr nachgefragt. Empirisch lässt sich gut zeigen, dass mit der Einführung der Integrationskurse die Sprachkenntnisse von Zuge-

wanderten und damit ihre Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe kontinuierlich steigen. Weil das Erlernen der Sprache so wichtig ist – und zwar unabhängig von Aufenthaltstitel und Herkunftsland – finanziert das Land Berlin Sprachkurse für Menschen, die keinen Anspruch auf Integrationskurse haben. Dieses freiwillige Angebot wird sehr gut angenommen, reicht aber bei weitem nicht aus, um allen einen Sprachkurs anzubieten.

**Das ist doch eine gute Entwicklung...**

Absolut. Man muss in der Diskussion um fehlende Sprachkenntnisse immer genau hinschauen – wie lange sind die Menschen in Deutschland, gehören sie der Generation an, die noch keine Möglichkeit hatte, Deutsch zu lernen? Also der klassischen Gasterbeiter\*innen-Generation der 1960er und 1970er-Jahre? Häufig wird vergessen, dass es damals überhaupt keine Möglichkeit gab, Deutsch zu lernen.

**Sie sagten, Sie sehen die Willkommensklassen, die Sie selbst mal besucht haben, skeptisch. Warum?**

Kinder lernen schnell, sie lernen durch Nachahmung und durch Kommunikation. Das heißt, ich muss ganz viele Gelegenheiten schaffen, dass Kinder die Möglichkeit bekommen, ihre neue Sprache auch aktiv zu nutzen. Das fällt schwerer, wenn neuzugewanderte Kinder in einer Willkommensklasse unter sich sind. Deswegen finde ich es gut, wenn Kinder nach Möglichkeit sofort eine Regelklasse besuchen. Schule ist der integrative Ort schlechthin. Wir sollten die Chance nutzen, die sechs oder acht Stunden am Tag möglichst gemeinsam zu gestalten. Eine

Segregation in den Schulen tut unserer Gesellschaft nicht gut.

**Sind die Berliner Schulen gut aufgestellt?**

Die Berliner Schulen waren schon vor der Fluchtmigration aus der Ukraine krisenbehaftet. Wir haben nicht genug Schulplätze, wir haben eine veraltete Lehrerschaft, die demnächst in großer Zahl in Rente gehen wird. Die Schulen sind digital nicht gut aufgestellt, obwohl wir in der Corona-Zeit die technischen Voraussetzungen verbessert haben.

**Wieso? Werden die Möglichkeiten nicht genutzt?**

Ich hätte mir gewünscht, dass wir die Konzepte, die während der Corona-Pandemie entwickelt und erprobt wurden, beibehalten und damit auch neuzugewanderten Kindern die Beschulung ermöglichen – trotz der Raumnot. Stattdessen warten aktuell rund 2000 Kinder seit Monaten auf einen Schulplatz. Das ist nicht vereinbar mit der Schulpflicht und dem Recht auf Schule und Bildung. Das macht mir Sorgen.

**Dies betrifft Kinder aus der Ukraine? Oder auch aus anderen Ländern?**

Es betrifft grundsätzlich geflüchtete Kinder und Jugendliche, darunter auch viele unbegleitete Jugendliche. Weil dieser Zustand unerträglich ist, habe ich mich vor kurzem in einem Positionspapier gemeinsam mit allen zwölf Partizipationsbeauftragten der Bezirke an die Bildungsministerin gewandt. Mit sehr konkreten Vorschlägen plädieren wir dafür, neue, temporäre Lösungen zu suchen und außerhalb des bisherigen Rahmens zu denken. Wir müssen etwas tun, damit wir diesen

jugen Menschen ihre Zukunftschancen nicht verbauen. Bis zu sechs Monate auf einen Schulplatz zu warten, ist nicht zu akzeptieren.

**Haben Sie schon eine Antwort bekommen?**

Ja, es gab eine Antwort und auch eine Einladung zum Gespräch. Unser Ziel war es, ins Gespräch zu kommen. Das Positionspapier, das ich auf meiner Homepage publiziert habe, soll ein Angebot zur Zusammenarbeit sein. Wir wollen unterstützen und helfen – gerade als Integrationsbeauftragte oder Partizipationsbeauftragte der Bezirke. Sobald die Regierung gebildet ist, werde ich das Gespräch mit dem neuen Bildungssenat suchen.

**Eine Möglichkeit wäre, und das hatten Sie angesprochen, diese Kinder auch digital zu unterrichten, wenn es keinen Platz in der Schule gibt. Gar nichts mit ihnen zu machen, ist ja die schlechteste aller Lösungen... Das finde ich auch.**

**Wie sieht Ihr Alltag als Integrationsbeauftragte aus?**

Eigentlich habe ich zwei Jobs: Zum einen habe ich eine Ombudsfunktion und bin die Interessensvertreterin für Menschen mit Migrationsgeschichte. Was sind ihre Belange? Was sind ihre Probleme? Was sind ihre Interessen? Zum anderen leite ich die Abteilung Integration in der Senatsverwaltung, mit rund 70 Beschäftigten. Es geht darum, die Integrationspolitik des Berliner Senats zu koordinieren und zu gestalten.

**Was sind die größten Probleme? Die Fragen des Aufenthaltsrechts? Oder die Wohnungsnot in Berlin?**

Um diese Themen geht es in unserer Beratungsstelle. Wir sind hier in der Dienststelle in der Potsdamer Straße 65. Unter uns, im Erdgeschoss, gibt es das Willkommenszentrum, das ist die Beratungsstelle der Integrationsbeauftragten. Dort beraten wir zum Beispiel zum Aufenthaltsrecht, zum Arbeitsmarkt oder zur Frage der Anerkennung von internationalen Qualifikationen. Neben der Einzelfallberatung im Willkommenszentrum möchte ich als Beauftragte aber auch strukturell etwas verändern. Bei dem Querschnittsthema Integration habe ich mit allen Politikfeldern zu tun – Bildung, Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik. Ich wirke also auf die anderen Senatsverwaltungen ein, damit sie bei ihren Maßnahmen und Programmen alle Menschen und Zielgruppen im Blick haben. Wir sind eine Migrationsgesellschaft. 40 Prozent der Berliner Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund.

**Und sind Sie mit der Lage in Berlin zufrieden?**

Ich habe leider immer wieder das Gefühl, dass unsere Verwaltung nicht ausreichend auf die Migrationsgesellschaft ausgerichtet ist. Das fängt schon bei der Mehrsprachigkeit der Serviceleistungen an: Warum sind wir nicht in der Lage, Formulare in verschiedenen Sprachen bereitzustellen? Oder in der Sozial- und Bildungspolitik: Welche Maßnahmen ergreifen wir, um Kindern aus migrantischen Familien mehr Kitaplätze anzubieten? Statistisch gesehen erhalten in Berlin Familien mit geringem Einkommen seltener einen Kitaplatz als eine Mittelschichtsfamilie. Außerdem wäre es wichtig, allen zugewanderten Personen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen – und zwar nicht als prekär Beschäftigte, sondern entsprechend ihrer Qualifikationen. Das alles gelingt uns noch nicht gut. Oder ich formuliere es anders: Wir haben noch Hausaufgaben zu machen.

**Was muss geschehen?**

Wir als Staat müssen uns noch stärker für diese Zielgruppe öffnen. Wir müssen besser verstehen, was die Belange und die Bedarfe von Zugewanderten sind. Das schaffen wir nur, wenn wir auch in unseren staatlichen Institutionen die Perspektive dieser Menschen stärker abbilden. Das bedeutet: Wir brauchen Menschen in den staatlichen Stellen, die selbst eine Migrationsgeschichte haben.

**In den Behörden, auch in den Bürgerämtern wird häufig nur Deutsch gesprochen, es gibt keine mehrsprachigen Unterlagen. Ein Problem in einer internationalen Metropole wie Berlin?**

Wir haben in der Tat eine Diskrepanz zwischen einer wahnsinnig attraktiven internationalen Metropole auf der einen Seite – die Menschen kommen immer noch sehr gerne nach Berlin – und den lange gewachsenen staatlichen Strukturen auf der anderen Seite. Es gibt in der Berliner Verwaltung oft noch zu wenig Service-Orientierung, sondern es gilt das Motto: Der Bürger hat zu liefern. Eines meiner Ziele ist es deshalb, der Verwaltung ein freundlicheres Gesicht zu verleihen. Wir brauchen eine dienstleistungsorientierte, moderne und auch mehrsprachige Verwaltung. Nur dann können wir das Signal an die Menschen aussenden: Ihr seid willkommen! Wir brauchen diese Menschen nämlich – die, die hier sind, aber auch die, die zu uns kommen wollen.

Anzeige

Handwerk

**Handwerk**

**CZESNY MARKISEN**  
Vergleich lohnt!

**VORSAISONPREISE**

**Markisen**  
**Markisentücher**  
**Jalousien**  
**Plissees · Rollos**  
**Rollladen**

**Jetzt richtig sparen!**

[www.czesny-markisen.de](http://www.czesny-markisen.de)  
**Tel. 892 64 04**

Brandenburgische Str. 18  
10707 Bln.-Wilmerdorf  
Mo-Fr 9.00-17.00 Uhr  
**WIR KOMMEN GERN!**

**BEKANNTMACHUNGEN**

**ÖFFENTLICHE PFANDVERSTEIGERUNG**  
im Auftrage öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung von hochwertigen Uhren, Gold- u. Brillant-, Silber- u. Modeschmuck, Laptops, Kameras, Smartphones, Tablets, Musikinstrumente u.v.m.

**Beginn:** 9:00 Uhr  
**Besichtigung:** während der Auktion  
**Ort:** Einsteintufer 63a, 10587 Berlin

**Mi, 19.04.2023** 1. Kfz Pfandleihhaus Schadow  
Pfandnr. 3074-3161 v. 09.05.22-20.10.22

**Mi, 19.04.2023** Leihhaus Chemnitz-Dresden  
Leihhaus Zwickau  
Pfandhaus Zeitz

**Do, 20.04.2023** Leihhaus Lohmann Moabit  
Pfandnr. 219888-220422 v. 23.9.22-16.01.23

**Do, 20.04.2023** Leihhaus Lohmann City  
Pfandnr. 405180-406000 v. 16.9.22-02.12.22 und  
Pfandnr. 223637-223775 v. 11.10.22-28.10.22

und alle schon früher bekannt gegebenen Pfandnummern, die nicht versteigert wurden.

**Vorsteiger:** Sebastian Protz, öffentl. best. u. vereid.

**PROZAUKTIONEN**  
Einsteintufer 63a, 10587 Bln.  
Tel. 030 915 22 88 8  
[www.prozauktionen.de](http://www.prozauktionen.de)

**Anzeigenannahme**  
**0 30/ 88 72 77 66 0**